

Haushaltsrede – Kreistagssitzung am 14.12.2009 – Fraktionsvorsitzender G. Rösch

Anrede

Die Wählerinnen und Wähler haben gesprochen: Wir haben eine neue Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP.

Das haben wir als Demokraten zu akzeptieren.

Nicht akzeptabel sind dagegen die Belastungen, die Schwarz-Gelb den Ländern und Kommunen mit ihrem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz aufbürden wird.

Konkret heißt das:

Etwa 700 Millionen Euro Steuermindereinnahmen für Rheinland-Pfalz werden direkt die Gemeinden, Städte und natürlich auch unseren Landkreis treffen.

Es ist eine große Illusion anzunehmen, dass sich Steuersenkungen durch steigende Einnahmen sozusagen am Ende selbst finanzieren.

Die ökonomische Fachwelt ist sich in der Ablehnung dieser Annahme nahezu geschlossen einig.

Wer da glaubt, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen zu können, rennt Wunschträumen hinterher und erinnert an Baron Münchhausen. Das wird nicht funktionieren.

Was also bleibt, sind Steuersenkungen auf Pump.

Noch einmal:

Diese Politik läßt die Haushaltsspielräume in Ländern und Gemeinden knapper werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU:

Wenn ein Teil von ihnen mir nicht glauben will, dann empfehle ich ihnen nachzulesen, was dazu ihre CDU-Ministerpräsidenten sagen, z.B. Herr Müller aus dem Saarland, Frau Lieberknecht aus Thüringen oder Peter Harry Carstensen aus Schleswig-Holstein, der zu den Steuerplänen von Schwarz-Gelb zu seiner eigenen Regierung in Berlin sagt, ich zitiere:

„Ihr habt sie doch nicht alle.“

Ich halte fest:

Die Steuerpläne der Bundesregierung werden die Kommunen belasten. Diese Politik entzieht Gemeinden, Städten und den Landkreisen, die ja eh schon mit dem Rücken an der Wand stehen, das Fundament und damit den politischen Spielraum.

Deshalb lassen wir nicht zu, von diesen Tatsachen abzulenken.

Ihre Parteifreunde sind für diese kommunalfeindliche Politik verantwortlich. Da beißt keine Maus den Faden ab.

Im übrigen wird in Berlin auch die Abschaffung der Gewerbesteuer geplant.

Ich hoffe sie stimmen mir zu, wenn ich sage, Finger weg von der Gewerbesteuer! Wer hier Hand anlegt, der läßt in der Tat die Kommunen ausbluten.

Lassen sie mich an dieser Stelle noch ein Beispiel für die kommunalfeindliche Politik dieser Bundesregierung anfügen, es geht um die Kostenbeteiligung des Bundes an den Hartz IV-Wohnkosten.

Während der Bund durch gesetzliche Maßnahmen seine Ausgaben um rund 650 Millionen Euro deutlich reduziert, sind die kommunalen Nettobelastungen bei den Kosten für Unterkunft und Heizung um rd. 17% gewachsen. Laut Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums soll die Beteiligung des Bundes im nächsten Jahr bundesweit von 26% auf 23,6% herab gesenkt werden.

Eines ist klar:

Bleibt es bei der geplanten Absenkung, geht diese Politik zu Lasten der Kommunen.

Ich zitiere dazu den Präsident des Deutschen Landkreistages, Jörg Duppre`, übrigens Mitglied der CDU, :

„Darin liegt immenser Sprengstoff für die Kreishaushalte, die mit ständig steigenden Sozialausgaben zu kämpfen haben.“

Soviel zu Absichten und Plänen dieser Bundesregierung.

Da wir als Kreis sozusagen auch am Tropf des Landes hängen, ist es wichtig, die Politik unserer Landesregierung und deren Auswirkungen auf die Kommunen zu beleuchten.

Wir sind uns mit Fachleuten und mit dem größten Teil der Presse einig:

Auch und gerade in der Krise steht diese Landesregierung für eine insgesamt ausgewogene, kommunalfreundliche Politik. Würde man in Mainz eine Politik a la Hessen betreiben, dann müssten wir den Gürtel noch enger schnallen, denn dort werden die Kommunen durch ein sogenanntes Sonderopfer in Höhe von 400 Millionen Euro zusätzlich zur Kasse gebeten.

In unserem Land dagegen – und das ist eine unbestreitbare Tatsache – erhalten in den nächsten Jahren die Kommunen über 90 Millionen Euro mehr Geld.

Allerdings, und das will ich selbstverständlich nicht verschweigen, sind das 24 Millionen Euro weniger als ursprünglich geplant.

Soviel zu den Rahmenbedingungen, die vom Bund und vom Land gesetzt werden.

Kommen wir zu unserer Verantwortung, zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2010.

In einem Schreiben vom 07. Dezember an die Damen und Herren Bürgermeister, Ortsbürgermeister und Ortsvorsteher meint unsere Landrätin, dass – ich zitiere – „alle kommunalen Gebietskörperschaften, Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise sich in einer besorgniserregenden Haushalts- und Sinnkrise“ befinden.

Verehrte Frau Landrätin,

zu sagen, alle Landkreise befinden sich in einer Haushaltskrise, ist wie ich finde, eine kühne Behauptung. Sie trifft so nicht zu, denn einigen geht es gut, manche sind nicht zufrieden und vielen geht es schlechter.

Was sie aber mit „Sinnkrise“ meinen, ist mir schleierhaft, vielleicht meinen sie ja, die vermeintliche Krise der kommunalen Selbstverwaltung, die aber keineswegs als Sinnkrise, sondern als eine Strukturkrise anzusehen ist.

Da müssen wir gemeinsam dagegen halten, denn in der Tat, die von ihnen aufgeworfene Frage, wie wir in schwierigen Zeiten die Weichen für die Zukunft richtig stellen, kann nicht mit Resignation, sondern nur mit einer gehörigen Portion Optimismus beantwortet werden.

Nicht den Kopf in den Sand stecken oder die üblichen Klagelieder anstimmen ist die Devise, sondern mutig und entschlossen handeln, auch und gerade in der Kommunalpolitik.

Was ist also zu tun, oder besser, was können wir tun?

Auch und gerade angesichts der Tatsache, dass sich die Verschuldung in unserem Kreis in schwindelerregender Höhe von sage und schreibe 60 Mio Euro befindet, gibt es auch hier Chancen und Perspektiven.

Wenn wir als Landkreis auf der Einnahmeseite außer der Jagdsteuer nichts bewegen können – zur Kreisumlage komme ich später – dann bleiben zwei Stellschrauben:

Die eine heißt Sparen, Sparen, Sparen, und die andere heißt noch mehr Schulden machen.

Lassen sie mich beim Stichwort Sparen einige Vorschläge machen, wissend, dass ich für manche Sparvorschläge massive Kritik ernten werde.

1. Stichwort freiwillige Leistungen

Hier müssen alle Leistungen auf den Prüfstand. Da darf es keine Tabus geben, weder bei den Beiträgen an das ÜAZ, noch bei den Zuweisungen an die Initiative Region Trier.

Was unsere Beteiligung am Flugplatz Bitburg betrifft, hat die Mehrheit in diesem Kreistag bewiesen, dass sie nicht die Kraft hatte, mutig und rechtzeitig Nein zu sagen.

Sie sind – gegen unseren erbitterten Widerstand – eingestiegen, haben dort jahrelang viel Geld investiert und stiegen dann, nachdem der öffentliche Druck immer größer wurde, mehr oder weniger verschämt aus diesem Projekt aus.

Wenn sie, Herr Dr. Richter, immer wieder einwenden, wir hätten ja aus Bitburg Einnahmen zu erwarten, dann sind das, im Verhältnis zu dem, was wir dort an Finanzen auf den Tisch gelegt haben, lediglich 21. 000 Euro, übrigens erhalten wir dieses Geld noch nicht einmal in einer Summe, sondern in mehreren Raten.

Ich kann und will ihnen auch nicht ersparen, auf die unsinnige Prämie, die sie den Jägern für den Abschluß von Frischlingen gewährt haben, einzugehen.

60. 000 Euro haben sie dafür bereitgestellt.

Die Unsinnigkeit ihrer Entscheidung ist alleine daran zu erkennen, dass bis jetzt weniger als 11.000 Euro abgeflossen sind.

Waidmanns Dank!

2. Stichwort – Investitionen

Hierfür stehen im Haushalt 6,6 Millionen Euro bereit, um die vorgesehenen Maßnahmen zu finanzieren. Dafür ist in 2010 eine Netto-Neuverschuldung von mehr als 4 Millionen Euro notwendig.

Lassen sie mich in aller Deutlichkeit sagen:

Hier müssen wir die Bremse anziehen. Ich habe gehofft, dass die Verwaltung uns entsprechende Vorschläge macht – leider Fehlanzeige!

Wir sollten uns – so mein Vorschlag – überlegen, ob wir nicht einige größere Projekte in das übernächste Jahr schieben. Mit der so eingesparten Summe könnten wir dann die Neuverschuldung reduzieren.

3. Stichwort – Personalkosten

Die Steigerung gegenüber dem Haushaltsjahr 2009 von 0,1% ist maßvoll und wird daher von uns nicht kritisiert.

Lassen sie mich aber in diesem Zusammenhang auf die Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz hinweisen.

Ich stimme dem Vorhaben, die mit dieser Reform auch eine Optimierung der öffentlichen Verwaltung erreichen will, zu.

Ziel soll es ja sein, möglichst effizient und effektiv die notwendigen Aufgaben zu erfüllen.

Dabei ist ebenfalls klar, dass dies bürgerfreundlich und wirtschaftsfreundlich zu geschehen hat.

Wie Aufgabenübertragungen auf Kreisebene organisiert werden, darüber müssen wir reden. Vorstellbar sind beispielsweise Aufgabenübertragungen in den Bereichen Umwelt, Landwirtschaft, Jagdrecht oder Führerscheinrecht.

Folge: Weniger Personal, weniger Kosten!

4. Stichwort – Soziale Sicherung, Hilfe zur Pflege

Die Aufwendungen für soziale Sicherung werden sich in 2010 auf 90.521 Mio Euro belaufen und stellen mit 63,8% den größten Ausgabeposten im Kreishaushalt dar. Verehrte Frau Landrätin, sie haben ebenfalls in ihrem Beitrag auf diese Zahlen hingewiesen.

Deshalb gilt es, auch hier nach intelligenten und zeitgemäßen Lösungen zu suchen.

Ein gutes Beispiel ist das Projekt „Zu Hause alt werden“.

staatliche Hilfen zu vermeiden oder zu mindestens hinauszuzögern und so Kosten zu begrenzen oder zu senken.

Auf diese Möglichkeit habe ich mehrfach von dieser Stelle aus hingewiesen. Ich freue mich, dass ihre Auffassung, verehrte Frau Landrätin, in die gleiche Richtung geht. Deshalb hoffe ich sehr, dass sich in naher Zukunft in diesem Bereich etwas bewegt.

Lassen sie mich an dieser Stelle meiner Haushaltsrede ein weiteres Thema ansprechen, bei dem es regelmäßig heftige Diskussionen gibt.

Immer wieder werden die Steigerungen bei den Ausgaben bei der „Hilfe zur Pflege im ambulanten Bereich“ beklagt.

Dabei wissen wir, dass die Einstufungen in den Pflegestufen durch den MDK in vielen Fällen zu niedrig ist. Oft bewegt sich die Einstufung nur knapp unter der nächst höheren Pflegestufe.

Nun müssen sie wissen, dass die Kreisverwaltung im Rahmen des Gutachtens die Mehrkosten über der gewährten Pflegestufe zu zahlen hat.

Dadurch entstehen enorme Kosten.

Im übrigen glaube ich auch nicht, dass sich die Situation durch die Pflegestützpunkte verbessern wird, da diese ja von den Kostenträgern der Kranken- und Pflegekassen betrieben werden.

Wir schlagen daher vor, dass unsere Verwaltung initiativ wird, mit dem Ziel, die Einstufungen selbst überprüfen, und wenn nötig, als Kostenträger auch Widerspruch einlegen zu können.

Trotz aller möglichen Sparmaßnahmen darf aber an einem nicht gerüttelt werden:

Menschen die Hilfe brauchen, müssen dieses Hilfe auch erhalten.

5. Stichwort – Schulen im Kreis

„ Bildung hält unsere Gesellschaft zusammen. Bildung steht für Chancengleichheit und Integration. Bildung ist das beste Fundament für wirtschaftliche Stabilität und sozialen Frieden. Jedes Kind zählt. Jedes Kind hat Talente und an diese Talente müssen wir anknüpfen. Nach wie vor hängen höhere Bildungsabschlüsse in erheblichem Maße von der sozialen Herkunft der Kinder ab. Das muss sich ändern. Jedes Kind, gleich welcher Herkunft, hat Anspruch auf Chancengleichheit. Bildung ist Bürgerrecht.“

Donnerwetter, kann ich da nur sagen, denn diese Sätze stehen ebenfalls wörtlich in dem bereits erwähnten Schreiben der Landrätin an die Herren Bürgermeister.

Liebe Landrätin,

mit solch einer Politik rennen sie bei uns offene Türen ein, denn diese Kernsätze sind Teil sozialdemokratischer Bildungspolitik und in den entsprechenden Programmen nachzulesen, sie sind geradezu sozialdemokratisches Grundverständnis.

Gestatten sie mir noch eine Anmerkung:

Wir haben uns heute bereits in einem gesonderten Punkt auch mit dem PWG in Wittlich beschäftigt.

An dieser Stelle noch einmal:

Ich bin froh darüber, dass endlich Klarheit geschaffen ist. Aus finanziellen und pädagogischen Gründen wird eine Umbau- und Sanierungsmaßnahme am PWG erfolgen. Ein möglichst zügiger Baubeginn mit einer höchstmöglichen Landesförderung zeigt, wir kommen voran, oder, anders ausgedrückt, was lange währt, wird endlich gut.

6. Stichwort – RWE-Aktien

Viele von ihnen, die schon länger im Kreistag sind, wissen:

Immer wieder habe ich in Haushaltsreden verlangt, uns von den kreiseigenen RWE-Aktien auf intelligente und möglichst vorteilhafte Art und Weise zu trennen.

Nachdem anfänglich Vorwürfe und Unterstellungen aus den Reihen der CDU an der Tagesordnung waren, nachdem uns vorgeworfen wurde, wir würden das Tafelsilber des Kreises verhökern, gab es dann im Laufe der Zeit die Einsicht, dass es auf Dauer besser ist, wenn der Kreis sich von seinen Aktien trennt.

Nun sind wir gespannt, was im kommenden Jahr, am sogenannten Umtauschtag, also am 18.02.2010, geschieht.

Die West LB kann an diesem Tag – und das ist Teil ihrer Optionsmöglichkeiten - von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen, d.h., dann wird unser Landkreis 273.500 RWE-Aktien an die West LB übereignen müssen. Dadurch werden sich dann die Schulden des Landkreises um 15,66 Millionen Euro reduzieren, also um 25% der Gesamtschulden.

Wir dürfen daher gespannt sein, wie sich die Situation Mitte Februar kommenden Jahres darstellen wird.

Auf jeden Fall sind diese Aktien bzw. der Erlös daraus letztendlich finanzielle Reserven, um die uns andere Kreise beneiden.

Gestatten sie mir nun in der gebotenen Kürze, auf unsere Anträge einzugehen.

Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Antrag „Armut bekämpfen“ belegt, dass wir auch und gerade in unserem Kreis handeln müssen. Wir wollen dafür sorgen, dass Armut sichtbar wird.

Dazu ist eine objektive Bestandsaufnahme nötig, denn sie hilft Allen, den Betroffenen, den ehrenamtlich-und hauptamtlichen Mitarbeitern, der Jugend- und Familienhilfe, den Gemeinden, Städten, den Verbandsgemeinden, Kirchen und selbstverständlich auch dem Kreis.

Was wir brauchen, ist eine tragfähige Grundlage, um so gezielt und konkret helfen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die von Armut betroffenen Menschen in unserem Kreis haben es verdient, dass wir uns um sie kümmern und gemeinsam handeln.

Daher hoffe ich sehr, dass sie unserem Antrag zustimmen.

Mit unserem Antrag „Sonderzahlungen der Sparkasse für das Schulbau- und Sanierungsprogramm“ wollen wir prüfen lassen, ob und inwieweit Chancen bestehen, von der Sparkasse eine zeitlich begrenzte, zusätzliche finanzielle Hilfe zu erhalten.

Ich gehe davon aus, dass sie zustimmen und setze im übrigen auf den Einfluss und die Überzeugungskraft unserer Landrätin, die ja, wie sie wissen, Vorsitzende des Verwaltungsrates der Sparkasse ist.

Der dritte Antrag „Emissionsfreier Landkreis“ wird – wie sie der Tagesordnung entnehmen können – unter dem Top „Energieagentur Region Trier“ mit behandelt.

Dennoch eine kurze Begründung:

Mit diesem Null-Emissionsprojekt will der Landkreis Cochem-Zell eine CO₂ neutrale Tourismusregion schaffen. Man erwartet, dass so eine nachhaltige Tourismusinfrastruktur entsteht. Dadurch würde die Urlaubsregion Cochem-Zell eine besondere, nicht zu unterschätzende Standortqualitätssteigerung erhalten.

Wir sind überzeugt:

Dieses oder ein ähnliches Projekt würde auch unserer Gastronomie und dem Tourismus insgesamt im Landkreis zusätzliche Attraktivität und Anschub verschaffen.

Dies wäre übrigens deutlich mehr, als die Mehrwertsteuer fürs Frühstücksei zu reduzieren.

Ich gehe davon aus, dass sie dem vorliegenden Antrag zustimmen werden.

Mit unserem vierten Antrag „Hilfe aus einer Hand, ARGE erhalten“ wollen wir Einfluss nehmen, damit es künftig keine Einschränkungen für Arbeitsmarktprogramme unseres Landkreises geben wird.

Unser Ziel muss es sein, dass es bei einer bürgerfreundlichen Verwaltung bleibt, die unnötig Doppelarbeit vermeidet.

Um es offen zu sagen:

Ich beobachte die Konsequenzen der Entscheidung, die ja bis Ende 2010 getroffen sein muss, mit großer Sorge.

Für die SGB II-Empfänger bedeutet künftig die geplante Regelung unter anderem:

Zwei Anlaufstellen, zwei Ansprechpartner, doppelte Bescheide und doppelte Widerspruchs- und ggfls. Klageverfahren.

Es wird also nicht weniger Bürokratie geben, sondern mehr.

Und für uns wird es zudem mehr Kosten von ca. 10% geben.

Den bereits gefassten Beschluss im KA tragen wir selbstverständlich mit, wollen aber nicht tatenlos abwarten, sondern aktiv Einfluss nehmen.

Anrede

Lassen sie mich nun zur Kreisumlage kommen.

Die vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage hat für meine Fraktion entscheidende Bedeutung. Sollten sie tatsächlich die Kreisumlage erhöhen, sollten sie tatsächlich in diesem Kreistag dafür eine Mehrheit finden, sehen wir uns gezwungen, den vorgelegten Haushalt abzulehnen.

Was ist geplant?

Die Verwaltung schlägt vor, die Kreisumlage von derzeit 39,3 % auf 43% zu erhöhen. Das ist ein Plus von 3,7% - Punkten.

Einen solch rigorosen Griff in die Taschen der Kommunen hat es meines Wissens in diesem Kreistag niemals zuvor gegeben.

Würde man es bei dem jetzigen Prozentsatz von 39,3% belassen, dann könnte der Kreis mit Einnahmen von insgesamt 36.4 Millionen Euro rechnen.

Die geplante Erhöhung um 3,7% verschafft dem Kreis ein Einnahmeplus von 3.426.000 Millionen Euro. Das also ist der Betrag, den die Kommunen zusätzlich aufbringen müssen.

Ich frage mich:

Gibt es wirklich keine andere Möglichkeit, als die Kreisumlage derart drastisch zu erhöhen?

Steht der Landkreis, wie unsere Landrätin schreibt, wirklich nur auf zwei Beinen, nämlich dem kommunalen Finanzausgleich und der Kreisumlage?

Zunächst will ich festhalten:

Warum haben sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP bei ähnlich schwieriger Haushaltslage im Jahre 2009 nur eine maßvolle Umlageerhöhung von 0,8% vorgenommen?

Ich will es ihnen sagen:

Da gab es wenige Monate später Kommunalwahlen und da hieß ihre Devise, jedem Ärger aus dem Wege gehen und die Wählerinnen und Wähler ja nicht vergraulen.

Jetzt, wo keine Wahlen vor der Tür stehen, wird zugeschlagen!

Würde ich so reden, wie der CDU-Oppositionsführer im Landtag, dann müsste ich von Wahlbetrug reden.

Aber, sie wissen es, das ist nicht meine Sprache.

Und nun zu den möglichen Alternativen.

Ich habe in meiner Rede deutlich gemacht, dass sowohl im investiven Bereich, aber auch bei den freiwilligen Ausgaben, erheblich eingespart werden kann. Ja, so manches Liebgewonnene, können wir uns künftig nicht mehr leisten.

Zudem sind wir gespannt, ob Zuweisungen durch die Sparkasse möglich sind.

Darüber hinaus sehen wir auch Einsparungsmöglichkeiten durch eine noch engere Begrenzung der Ausgaben in den einzelnen Fachbereichen.

Wenn Verwaltungen des Kreises, der Verbandsgemeinden und der Städte künftig noch enger kooperieren, wie es die Landesregierung vorschlägt, wird es auch dadurch deutliche Spareffekte geben.

Obwohl wir – was die Kreisschulden betrifft – fast an letzter Stelle aller Landkreise sind, kann es durch die RWE-Aktien zu erheblichen Entlastungen kommen, so dass eine maßvolle Netto-Kreditaufnahme durch den Kreis gerechtfertigt wäre.

Alles in allem kann so nach Einschätzung meiner Fraktion, auf die zusätzlichen 3,4 Millionen Euro plus der Kreisumlage verzichtet werden und gleichzeitig den Verbandsgemeinden, Städten und Gemeinden, die darunter leiden würden, mehr Gestaltungsfreiraum lassen, von dem letztlich auch der Kreis profitiert.

Anrede

Lassen sie mich zum Schluss kommen und noch eine grundsätzliche Bemerkung machen.

Für meine Fraktion und für mich in diesem Kreistag gilt:

Wir machen nicht Opposition um jeden Preis, wir starten auch keine Angriffe nach dem Motto: Schmeiß mit Dreck, es wird schon etwas hängen bleiben.

Dies lehnen wir ab.

Das heißt aber nicht, dass wir nicht sagen, was zu sagen ist, und nicht kritisieren, was kritisiert werden muss.

Genau diese Linie werden wir weiter verfolgen, auch wenn sie damit nicht immer einverstanden sind.

Wir werden für unsere Politik beharrlich eintreten und selbstverständlich dafür kämpfen.

Lassen sie mich, was den Haushalt betrifft, noch einmal sagen, dass wir, falls die Kreisumlageerhöhung beschlossen wird, den vorliegenden Haushalt ablehnen werden.

Anrede

Gerne will ich auch heute die Gelegenheit wahrnehmen, um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, für ihre gute und kooperative Zusammenarbeit zu danken.

Dieser Dank gilt selbstverständlich auch ihnen verehrte Frau Landrätin.

Ihnen, den Mitgliedern des Kreistages, aber auch den Vertretern der Presse, den Zuhörerinnen und Zuhörern, wünsche ich eine frohes und friedliches Weihnachtsfest,

und vor allem ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.